

# iFijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 575

Mittwoch, 28. Januar 2015

22. Jahrgang

### Inhaltsverzeichnis

Álvaro Velásquez: „Die Revolutionäre Linke ist die Wende“.....	1
Die alltäglichen Bedrohungen durch private „Sicherheits“-Firmen.....	4
Urteil im Fall des Brandes der spanischen Botschaft.....	5
Aggressionen und Einschüchterung gegen JournalistInnen.....	5
Genozid-Prozess: Rios Montt bleibt abwesend.....	6
Für Interessierte: Ausschreibung für die Stelle als ACOGUATE-KoordinatorIn in Guatemala.....	6

### Álvaro Velásquez: „Die Revolutionäre Linke ist die Wende“

*In Guatemala gibt es viele soziale Kämpfe, geführt von sozialen Bewegungen. Manche sind sogar erfolgreich, etwa bei der Verhinderung des Monsanto-Gesetzes im September 2014. Aber was machen eigentlich die linken Parteien angesichts der weiterhin vorhandenen Herrschaft der Oligarchie? Ebenfalls im September 2014 hat sich eine neue linke Gruppierung gebildet, die sich unter dem Dach der Alternative Neue Nation (ANN) von Jorge Soto alias Pablo Monsanto, formiert hat. Sie sieht sich als eine Alternative für die bevorstehenden Wahlen. Ob sie eine Chance hat? Im Folgenden soll ein bisher von der Redaktion übersehenes Interview aus LaHora über diese Konvergenz der Demokratischen Revolution (CRD) ein wenig Licht auf diese Gruppierung werfen. Der Interviewte ist ein relativ junger Intellektueller namens Álvaro Velásquez, der aktuell Koordinator der BürgerInnen-Plattform ist. Ein ausführliches Essay von Velásquez ist auf Plaza Pública (<http://www.plazapublica.com.gt/content/manual-para-poner-las-izquierdas-de-acuerdo>) zu finden. Das hier wiedergegebene Interview wurde von Regina Pérez geführt und am 18. September 2014 veröffentlicht. Wir werden bei den Wahlen sehen, wie die CRD abschneidet.*

#### **Sie sprechen von einem neuen politischen Angebot, der Konvergenz für eine demokratische Revolution.**

Es ist eine Bewegung, die gerade entstanden ist. Seit einem Jahr gibt es diesbezügliche Diskussionen innerhalb der BürgerInnen-Plattform, also die Gruppierung, die ich leite, sowie anderen Organisationen in anderen Teilen der Republik, die besorgt darüber sind, ob es eine linke Alternative für die kommenden Wahlen geben wird. Wir nennen uns revolutionäre, demokratische und progressive Linke, weil genau das unser Angebot ist. Da gibt es die sozialdemokratische Linke der UNE, jene der URNG ...

#### **Wollen wir die UNE als Linke definieren?**

Ich definiere sie nicht als Linke, aber sie tragen dieses Band des Sozialen – genauso wie die Rechten. Die Rechten sehen Sandra [Torres, d. Red.] und die UNE als eine „Linke“, die vom herrschenden System akzeptiert werden kann. Wir hingegen kommen von unten, aus der politischen Marginalität und was wir wollen, ist ein revolutionärer Ansatz, der sich gegen das politische und wirtschaftliche System richtet. Daher haben sich verschiedene Organisationen zusammen-

geschlossen und entschieden die CRD als politische Plattform zu gründen. Momentan denken wir noch nicht über eine/n PräsidentschaftskandidatIn nach, sondern nur über KandidatInnen für die Kommunal- und Kongresswahlen.

### **Welche Gruppierungen bilden die CRD?**

Bisher sind es die folgenden: die BürgerInnen-Plattform, das BäuerInnen-Komitee des Altiplano (CCDA) und die Vereinigung der Jugend für Entwicklung und soziale Rettung (AJODER), die (auch) auf nationaler Ebene verankert sind. Sie sind die grössten Organisationen bei uns. Um KandidatInnen aufzustellen, gehen wir ein Bündnis mit der Alternative Neue Nation (ANN) ein. Diese Partei hat schon zugestimmt, ihren Namen bei ihrer Parteiversammlung im November in CRD zu ändern. Sie wird die Fusion auf allen Ebenen ihrer Organisation vollziehen.

### **Sie reden von Revolution, aber eines der grössten Probleme im politischen System ist die Finanzierung der Parteien. Wie will die CRD verhindern, dass sie – wie die anderen – Opfer der Finanziere werden, selbst wenn sie nur wenig Geld erhalten sollten?**

Unsere Lösung ist, dass jede Organisation ihre eigenen Finanzanstrengungen unternimmt, einige stammen aus internationaler Zusammenarbeit, andere aus Produktionsprojekten, etwa von Kooperativen im Petén oder Santa Rosa. In unserem Fall erhalten wir für konkrete Aktivitäten finanzielle Hilfen von der Friedrich Ebert-Stiftung. Wenn die Stunde des Wahlkampfes kommt, gibt es einen Fonds der ANN und jede/r muss individuell seine Mittel suchen. Wir sind uns bewusst, dass das nicht so grosse Mengen wie bei den anderen Parteien sein werden, aber sie werden ausreichen.

### **Warum hat die Linke in Guatemala bisher keinen Erfolg auf der politischen Bühne gehabt?**

Da gibt es viele Gründe. Die Guerilla-FührerInnen, die den Friedensvertrag unterzeichneten, brachten ein Schema, das an der Kriegsführung ausgerichtet war, in das politische Geschehen ein. Die Generation der mittleren Kader war damals um die 40 Jahre alt und gewöhnte sich an das System und vernachlässigte die soziale nBewegungen. Nun aber gibt es eine neue Generation, die zu den Bannern der historischen Kämpfe des Volkes zurückkehrt und mit ihnen sagen wir: „die revolutionäre Linke ist die Wende“. (...) Das wollen wir in den Wahlkampf bringen, in dem sonst nur die rechten Parolen zu hören sind: für den Markt, die soziale Ausgrenzung, die weitere Förderung des schwachen Staates, die Allgegenwart der Mafia. Wir wollen die Wirtschaft zum Wohl der Mehrheit retten und den Mafiosi entgegentreten, (...). Wir wollen den WählerInnen die Hoffnung geben, dass es tatsächlich eine Option gibt, von unten, von der Linken.

### **Von Seiten der Bevölkerung besteht jedoch nicht nur ein Misstrauen, sondern es gibt auch die Einstellung, dass die Linke mal wieder eine Enttäuschung ist, nach dem Motto „Linke gibt es eh nicht“ oder „die sind doch genauso wie die Rechten“. Wie wollen sie diesem Misstrauen in der WählerInnenschaft begegnen?**

Das liegt an dem herrschenden anti-linken Diskurs, der von den eigenen Leuten, von den Rechten und vor allem vom Militär genährt wird. Ein Diskurs der Angst, der durch die Terrorjahre in Guatemala genährt wird. Der neoliberale Diskurs, dass alle politischen Parteien, Linke wie Rechte, einfach alle PolitikerInnen eine wie der andere sind. Aber das ist nicht so. Die Politik ist das beste Mittel, um Dinge zu verändern. Aus dem ideologischen, politischen Parteienspektrum ist es die Linke, die eine Lösung für die grossen nationalen Probleme hat, weil sie soziale Ausgrenzung bekämpft, weil die indigenen Völker an ihr teilhaben, weil sie die Mittelschicht retten wird. Weil sie die sozial Marginalisierten einbezieht, etwa die Bewegung der Lesben, Schwulen, der KünstlerInnen, all diese Kollektive, die vom System marginalisiert werden, denen geben wir Freiheit. Es gibt heute diese Unruhe, den Wunsch mit dem Status Quo zu brechen, den Diskurs, etwas Neues zu schaffen angesichts der Härten, die die Politik auferlegt, der Korruption, weil es keine Lösungen in den anstehenden Wahlen gibt. Deshalb gibt es diese Unsicherheit, dass sich nichts ändert, jedenfalls nicht im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung. Deswegen sagen wir den WählerInnen: wir, (...) werden eine Alternative sein.

### **Aber wie in anderen Ländern ist es auch in Guatemala schwierig für politische Parteien, die über keine finanziellen Mittel verfügen, den WählerInnen das zu geben, was sie sie möchten. Wie wollen sie das Problem lösen?**

Die Marktgesetze in der Politik haben dafür gesorgt, dass die Ausgaben in die Millionen gehen. Wir werden diese niemals tragen könnten. Aus der politischen Marginalität zu kommen, ist schwierig, aber wir haben einige der wichtigsten Vorteile auf unserer Seite, die moralische Glaubwürdigkeit und die politische Aufrichtigkeit (...). Wir wollen an die Gewissen appellieren, an das allertiefste Gefühl der Empörung. Jede Organisation wird ihre eigenen Mittel haben und es wird so etwas wie einen kollektiven Cuchubal [*ein mittelamerikanisches System der lokalen Geldsammlung, bei dem viele zwar wenig, aber doch etwas für die Gemeinschaft beitragen, d. Red.*] sein, der uns zu einer Kampagne mit ausreichenden Mitteln verhilft.

## **In Ihrem Programm sprechen sie von der Neugründung des Staates – wie meinen Sie das?**

Die Wahlen selbst sind nicht die Mittel zur Veränderung der guatemaltekischen Politik. Was die Wahl aufzeigt, ist, dass das ganze System korrupt ist und monopolisiert wird. Die Mechanismen des Systems sind vergleichbar mit einem Hamsterrad, das sich immer um sich selbst dreht. Was wir wollen, ist eine Neugründung des Staatswesens durch eine verfassungsgebende Versammlung oder vielmehr eine die Ordnung absetzende Versammlung, weil es darum geht, die gesamte korrupte politische Klasse und die dominierenden Gruppen der Macht, also das Bürgertum, die Oligarchie, die Drogenmafia und die Wächter der Straffreiheit zu entfernen. Ja, wir wollen den Staat neu gründen, weil wir eine neue Republik brauchen, eine neue Demokratie, die diesem Begriff ihren Inhalt zurückgibt, die die Verfassung grundlegend reformiert, die das Wahlrecht und das Parteiengesetz, (...), das Gesetz über Käufe und Verträge verändert, all jene Gesetze, die die Herrschenden nicht antasten wollen, weil sie davon profitieren. Wir sind entschlossen, sie zu reformieren.

## **Wie wollen sie denn eine verfassungsgebende Versammlung einberufen?**

Wir werden eine BürgerInnenbewegung zusammen rufen, die Unterschriften für eine solche Versammlung sammelt, diese dem Kongress vorlegt und einfordert. Zugleich wollen wir eine grosse Fraktion im Kongress erreichen. Mit 10 Sitzen können wir eine solche Versammlung fördern. Von aussen und von innen wollen wir das System verändern. Der Unterschied zu jenem System von 1984 ist, dass dieses damals aus einer Diktatur heraus entstanden ist, in der nur drei Parteien existierten, eine der Mitte, eine der Rechten und eine Linke (die ChristdemokratInnen). Es nahmen auch BürgerInnenkomitees teil. Ein zukünftiger Erlass zur Gründung einer solchen Versammlung muss jedoch sicherstellen, dass BürgerInnenkomitees auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene teilhaben. Hinzu kommen die glaubwürdigen Parteien. (...) Unser öffentlicher Vorschlag für eine solche Versammlung hat zu grosser Unruhe in verschiedenen nationalen Organisationen geführt. Es gibt jedoch auch Personen wie Mario Roberto Morales und andere, die Interesse haben, an einer solchen Idee mitzuwirken, einem Regierungsplan, der inklusiv und demokratisch ist. Mit anderen Parteien hat es noch keine Treffen gegeben, da alle im Kongress vertretenen Parteien uns als Verräter betrachten. Mit denen können wir nicht zusammenarbeiten. Das gilt für alle [*also auch URNG-MAIZ, d. Red.*] (..)

## **Wer ist denn die Basis ihrer Organisation?**

Nationale Organisationen und Basis-Organisationen. Wir sind auch in Gesprächen mit den Rat der Völker des Westens (CPO), die auf kommunaler Ebene KandidatInnen stellen könnten.

## **Glauben, dass in Guatemala Platz für eine Linke ist?**

Es muss ihn geben, weil in allen zivilisierten Ländern die Linke ein bedeutender Faktor im Dialog und im Ausgleich der Mächte ist. Nur in Guatemala haben wir diese Marginalisierung, die auf eigene Fehler zurückzuführen ist, aber auch auf die belastende Diktatur des Neoliberalismus und auf den Preis des Krieges und der sozialen Säuberung gegen linke FührerInnen. Die sozialen Bewegungen sollten das Rathaus der Hauptstadt übernehmen, etwas was zur Zeit undenkbar ist.

## **Ríos Montt sagte, dass die Polarisierung zwischen links und rechts heute ähnlich gross sei wie zur Zeit des bewaffneten Konfliktes. Wie gehen sie mit der Polarisierung um?**

Es handelt sich um eine Polarisierung, die widerspiegelt, welche Salden es im Versöhnungsprozess gab. Wir wollen solche Prozesse einleiten, die über eine Wiedergewinnung der historischen Erinnerung hinausgehen, was nicht notwendigerweise heisst, dass es mehr Strafprozesse geben müsse. Wenn wir im Kongress sind, können wir solche Prozesse nicht fördern. Das machen die Opfer. Was die Politik tun muss, ist die verschwundenen Kinder und die Friedhöfe der Verschleppten und Verschwundenen zu suchen, das Gesetz über das erzwungene Verschwinden aufzudecken und durch unabhängige Gerichte zu ahnden. Wir wollen die Polarisierung nicht anfachen. Aber selbst wenn die symbolische und soziale Linke relevant ist, so bleibt die politische Linke doch eine marginale Minderheit. Wir wollen, dass sie wächst.

## **Kann sich die CDR mit irgendeiner Bewegung in Lateinamerika identifizieren und wenn ja, warum?**

Wir identifizieren uns mit den Emanzipationsprozessen in Südamerika, besonders bei der Zurückgewinnung öffentlicher Ressourcen, der Idee der Souveränität des Staates über die Wirtschaft, des Marktes und der Konzerne. (...) All diese Prozesse in Südamerika wurden aufgrund der Verfassungsgebung ... Wir wollen die Chance nutzen, ein Staatswesens mit einem hohen Mass an Legitimität zu schaffen, weil unsere jetzige Verfassung auf einer Diktatur beruht und daher grundlegend verändert werden muss, um dieses System zu retten, das am Rande des Abgrunds steht.

## Die alltäglichen Bedrohungen durch private „Sicherheits“-Firmen

**Guatemala, 20. Jan.** Die privaten Sicherheitsfirmen, die eigentlich als ein Schmerzmittel angesichts der Unfähigkeit des Staates, die Sicherheit seiner BürgerInnen zu garantieren, gedacht waren, werden mehr und mehr zu einer Bedrohung der Sicherheit.

In einer ideologisch aufgeheizten Debatte wird immer wieder über die Frage diskutiert, welche Rolle der Staat in den Bereichen Gesundheit und Erziehung spielen soll. Aber niemand fragt, ob die Sicherheit der BürgerInnen und die Justizverwaltung zu den unabdingbaren Aufgaben des Staates zählt. Nun, sie werden als unabdingbar staatliche Aufgaben gesehen, aber eben nicht ausschliesslich, weil aus den Defiziten der staatlichen Sicherheitskräfte ein Argument für die Notwendigkeit des Einsatzes privater Sicherheitsdienste entsteht. In Guatemala, wie in vielen anderen zentralamerikanischen und anderen Staaten der Welt, erfüllt der Staat nicht seine Pflicht, die Sicherheit ihrer BürgerInnen zu garantieren, weswegen private Sicherheitsdienste diese Aufgaben verstärkt anbieten. Zwischen dem Angebot und der effektiven Versorgung mit Sicherheitsdiensten gibt es eine grosse Lücke, die sich in Kriminalität, Straffreiheit und, oft genug, in tragischen Todesfällen ausdrückt. Es reicht, wenn man in die Suchmaschine Google (*oder andere, d. Red.*) die Suchbegriffe „private Sicherheitsleute morden in Guatemala“ eingibt, um eine lange Liste von Fällen zu bekommen, in denen Morde und andere Verbrechen von eben jenen Unternehmen begangen worden sind. Die Dimension des Problems zeigt sich schon alleine daran, dass es im privaten Sicherheitssektor in Guatemala mehr als 120.000 Personen beschäftigt sind, während es bei der Polizei (PNC) gerade mal 30.000 sind. Damit ist Guatemala in der Region das Land mit der grössten Zahl an privaten Sicherheitskräften [*Quelle: Pressemitteilung der GAM vom 28.12.2013, d.Red.*].

Ein Fall eines Mordes durch eine private Sicherheitskraft, der damals das ganze Land erschütterte, betraf Patricia Samayoa Méndez am 3. Juli 2014. Die feministische Aktivistin wurde an jenem Tag in einer Apotheke von dem Mitarbeiter der Sicherheitsfirma Shield Security, Mynor Guevara, ermordet. Bei dieser Sicherheitsfirma waren – so Prensa Libre vom 5. Juli 2014 – 280 Waffen verschwunden – und dass bei einer Firma mit insgesamt 21 MitarbeiterInnen.

Aber was diese Fälle noch tragischer macht, ist, dass diese Übergriffe von bewaffneten und völlig unkontrollierten Gruppen inzwischen alltäglich vorkommen. Einige machen noch nicht einmal Schlagzeilen. Dabei wird der Lohn mancher nach der Zahl der Toten abgerechnet. Was passiert eigentlich mit diesen privaten Sicherheitsfirmen, die fortgesetzt Verbrechen begehen und ihr Töten nicht stoppen – und wer registriert sie eigentlich? Die Fahrlässigkeit, die Missbräuche, die exzessiven Zwangsmittel, das unverantwortliche Handeln beim Gebrauch von Waffen, die fehlende Ausbildung, die Zusammenarbeit mit Kriminellen und und und. Wie oft kommen diese Handlungen vor? Das ist eine Lage, die aus dem Augenmerk der Öffentlichkeit verschwunden ist. Es ist schlicht etwas Alltägliches, „Normales“. Bis es unseren Angehörigen oder ArbeitskollegInnen passiert.

Vor zwei Tagen drangen Einbrecher in das Haus meiner Eltern ein, um es auszurauben – möglicherweise mit Hilfe eines privaten Sicherheitsdienstes, der doch eigentlich für Sicherheit sorgen soll. Die Einbrecher gingen in das Haus und wieder heraus und durchquerten zwei Pfortneranlagen. NachbarInnen versicherten, dass einige von ihnen vor dem Haus Wache schoben, während die anderen die Metalltür aufbrachen, die Wohnung betraten und herausholten, was sie wollten. All das in absoluter Ruhe und unterstützt durch die rechtzeitige Abwesenheit der privaten Wächter.

Finden Sie das überraschend? Wohl eher nicht. Tatsächlich bin ich mir sicher, dass das ein ziemlich häufiger, ja alltäglicher Vorgang ist, typisch für jene Orte, an denen die privaten Sicherheitsdienste angeblich für Sicherheit sorgen – mit Pfortneranlagen, Kameras, Nachtwächtern, Schutzanlagen und sonstigen nutzlosen Dingen.

Und ehrlich. Ich lade Sie ein, sich auf diesen schauernden Gedanken einzulassen, dass so etwas eben nicht normal sein darf, noch weniger wünschenswert. Es ist eine gefährliche Situation.

Selbstverständlich stehe ich mit dieser Ansicht ausserhalb des Konformismus. Obwohl ich mir sehr wohl über die Defizite der staatlichen Sicherheitskräfte bewusst bin, werde ich die Hilfe der Polizei einfordern und werde Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft erstatten. Ich möchte nicht dazu beitragen, dieses Geschehen für normal zu halten oder aus Furcht oder aufgrund der Ineffektivität der Sicherheitskräfte keine Anzeigen erstatten.

Vor zwei Tagen fragte ich meinen Vater: Wann wird das für Dich ein Thema werden?

([www.plazapublica.gt.com](http://www.plazapublica.gt.com), Ricardo Barrientos)

## Urteil im Fall des Brandes der spanischen Botschaft

**Guatemala, 21. Jan.** Die Regierung des spanischen Staates gab ihrer Zufriedenheit angesichts des Endes des Prozesses zum Brand der spanischen Botschaft vom 31. Januar 1980 zum Ausdruck. Fast genau 31 Jahre nach dem Verbrechen wurde der ehemalige Chef des Kommando Sechs der Nationalpolizei, Pedro García Arredondo, zu 80 Jahren Haft verurteilt. Eine Pressemitteilung des spanischen Außenministeriums gratulierte der guatemaltekischen Justiz, diese Geschehnisse vor Gericht gestellt zu haben und in rechtsstaatlicher Weise zu einem Urteil gekommen zu sein. Damals starben bei dem Brand 37 Personen. Die spanische Regierung sieht in dieser einstimmigen Entscheidung einen wichtigen Schritt in Richtung Würdigung der und Erinnerung an die Opfer und deren Familien.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sieht in dem Gerichtsurteil einen Sieg für die Opfer, der zudem aufzeige, dass die Justiz in Guatemala sehr wohl fähig ist, die schlimmsten Menschenrechtsverbrechen zu richten. Trotz dieser Verurteilung sei die Straffreiheit bezüglich Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit noch immer ein Problem in Guatemala, fügt Amnesty hinzu. Erika Guevara, Direktorin des Regionalprogramms für Amerika von Amnesty, gab an, dass man noch die Urteile in anderen Fällen von Menschenrechtsverbrechen abwarte, die derzeit verhandelt werden, wie der von Efraín Ríos Montt. Es bleibe abzuwarten, ob dieser ohne weitere Verzögerung fortgeführt und der Gerechtigkeit und Wahrheit entsprochen werde sowie Wiedergutmachung für die Tausenden von Opfern und Überlebenden der Taten des inneren bewaffneten Konflikts bringen werde.

Im Fall der spanischen Botschaft wurde nun also García Arredondo zu 80 Jahren Haft wegen Mord, Mordversuch und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Der ehemalige Polizeichef war der einzige, der für den Brand in der spanischen Botschaft vor Gericht gestellt wurde. Es ist das zweite Urteil gegen den ehemaligen Polizeichef. Schon 2012 wurde er zu 70 Jahren Haft für das Verschwindenlassen der Studenten Édgar Sáenz Calito verurteilt.

Am 31. Januar vor 35 Jahren waren 37 Personen, darunter viele BäuerInnen, aber auch Studierende in die Botschaft eingedrungen, um die Menschenrechtsverbrechen der Regierung Romeo Lucas García öffentlich anzuzeigen. Im Botschaftsgebäude wurden sie von der guatemaltekischen Polizei in einen Raum eingesperrt, den die Polizisten dann in Brand steckten. Die einzigen Überlebenden des Angriffs waren der Botschafter Máximo Cajal und der Landwirt Gregorio Yujá. Beide wurden ins Krankenhaus gebracht, wo letzterer entführt, dann gefoltert und umgebracht wurde. Sein Körper wurde in der Nähe der Universität San Carlos gefunden. Während der Beerdigung der Opfer wurden zwei anwesende Studierende - Adolfo Hernández und Jesús España - durch staatliche Sicherheitskräfte umgebracht. Für diese Verbrechen wurde Arredondo ebenfalls bei diesem Prozess verurteilt. (Cerigua)

## Aggressionen und Einschüchterung gegen JournalistInnen

**Guatemala, 21. Jan.** Die Kommission für Pressefreiheit der Vereinigung der JournalistInnen von Guatemala (APG) verurteilte den brutalen Angriff auf die Journalistin und Moderatorin von Azteca Guatemala, Susana Morazán, und verlangte Aufklärung über den Fall der ebenfalls angegriffenen María Victoria Pedro und David Diego vom Lokalradio 'Snuq Jolom Konob'. Die Journalistin Susana Morazán wurde am Morgen des 20. Januars angegriffen, als sie auf der Avenida Roosevelt fuhr. Vier Personen auf zwei Motorrädern verfolgten sie und einer der vier unbekanntes Angreifer verlangte von ihr, das Fenster herunterzulassen und ihm ihre Wertsachen zu geben. Die Journalistin übergab ihm ihr Mobiltelefon und bevor sie davon fuhr, schlug der Täter ihr ins Gesicht und schrie, dass sie nicht noch mal schlecht von der Regierung sprechen solle, oder es würde ihr schlimmer ergehen.

Das ist nur eines von einer Reihe von Geschehnissen, die in letzter Zeit den Verband der JournalistInnen beängstigen. Es beweise, dass hinter den vielfältigen Einschüchterungen und Versuchen, die Pressefreiheit einzuschränken, ein klarer Plan steckt. Daher sei es unumgänglich, dass die Regierung Ermittlungen führe und die direkten und indirekten Verantwortlichen für das Verbrechen finde. Der Hintergrund im zweiten genannten Fall ist ein Konflikt zwischen NachbarInnen und ArbeiterInnen eines Staudamms im Departement Huehuetenango. Dort missbrauchte die Polizei ihre Amtsgewalt während eines Einsatzes. Die dabei Verhafteten wurden schon am nächsten Morgen auf freien Fuß gesetzt, was dem Stadtrat Diego Marcos missfiel. Er begann auf die Menge zu schießen, dann gingen er und weitere Personen zum Gemeinderadio, wo die beiden JournalistInnen María Victoria Pedro und David Diego angegriffen wurden.

Die APG sieht klare Anzeichen dafür, dass ein Klima geschaffen werden soll, in dem JournalistInnen an ihrer Arbeit gehindert werden sollen, bzw. ihnen klar gemacht werden soll, dass es gefährlich werden könnte, wenn sie etwas über bestimmte Themen veröffentlichen wollen. Jene, die das Recht auf Pressefreiheit wahrnehmen wollen, werden verleum-

det. In einem Pressecommuniqué kritisiert die APG, dass rechtliche Schritte ohne gesetzliche Grundlagen unternommen werden, die Wahrheit verfälscht, Tatsachen verdreht und legitime, von der Verfassung zugestandenen Aktionen diskreditiert würden. (...) Es sei eine Aufgabe der Medien, mit der Politik abzurechnen, denn nur so könne sich ein demokratisches Land entfalten. Jene PolitikerInnen und Regierenden, deren Verquickung von politischen mit privaten Interessen enthüllt werden, versuchen mit rechtlichen Mitteln die Arbeit der Presse einzuschränken. So werden zum Beispiel die JournalistInnen Juan Luis Font, Pedro Trujillo und José Rubén Zamora gerichtlich aufgrund ihrer Arbeit verfolgt, mit dem Ziel, sie zu diskreditieren.

Dass die Themen Presse- und Meinungsfreiheit derzeit besonders stark in den Medien behandelt werden, ist sicherlich nicht nur die Folge der vermehrten Übergriffe auf JournalistInnen und Presseleute, die sich schon seit längerer Zeit ereignen, sondern auch im Kontext einer Solidarisierung mit den Geschehnissen in Frankreich und einer Fokussierung auf die Beschneidung dieser Rechte auf globalen Niveau zu werten. (Cerigua)

### **Genozid-Prozess: Rios Montt bleibt abwesend**

**Guatemala, 15. Jan.** Das Nationale Institut für forensische Wissenschaften (INACIF) untersuchte Efraín Rios Montt und stellten fest, dass er an einer Knochenmarkentzündung der Wirbelsäule leidet, medizinisch Osteomyelitis genannt. Daher riet es dem Gericht ab, ihn persönlich zu der Verhandlung im Prozess wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu zitieren. Der dem Gericht präsentierte Bericht erklärte, dass der Angeklagte zwar in einem stabilen Zustand sei, aber ans Bett gefesselt. Wenn die Osteomyelitis nicht kontrolliert werde, könnte sie die bereits entzündeten Knochen weiter zerstören.

Die medizinische Untersuchung des INACIF wurde durch die neue vorsitzende Richterin Carol Patricia Flores beauftragt, nachdem der Angeklagte nicht zur Verhandlung erschienen war. Am 5. Januar wurde er liegend in den Gerichtssaal gefahren, um an dem Prozess gegen ihn teilzunehmen. (Cerigua)

### **Für Interessierte: Ausschreibung für die Stelle als ACOGUATE-KoordinatorIn in Guatemala**

Die Begleitprojekte Acompañamiento de Austria (AdA) und Peace Watch Switzerland (PWS) suchen für die Koordination von ACOGUATE (acoguate.org) in Guatemala eine/n MitarbeiterIn.

Bewerbungsschluss ist der **22. Februar 2015**.

Mehr Information über Guatesoli unter [www.guatemala.at](http://www.guatemala.at) und über Peacewatch Schweiz unter [www.peacewatch.ch](http://www.peacewatch.ch).

#### **¡Fijáte!**

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

#### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel  
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**NEU:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH38 0900 0000 3051 6068 6, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6